Aufwärts

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.35 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67 377.

Nr. 135. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Donnerstag, den 12. Juni 1930. | 12. Jahrgang.

Es ist kein Glück so rein, so tief,
Daß nicht eine Träne mit unterlief.
Es ist so schwer, so bang' kein Weh,
Daß nicht eine Hoffnung darüber geh'!

Wahlaufruf des Christlich-Sozialen Volksdienstes in Sachsen.

Familie und Schule sind die entscheidenden Pflegestätten für den Geist unseres Volkes. Wir wenden uns gegen die der Familie drohenden Gefahren durch die radikalen Ehereformpläne und planmäßige Unterhölung des Willens zur Mutterschaft. Wir rufen gegen diese Gefahren unser christliches Volk auf zur Erneuerung christlichen Familienlebens und fordern eine Kultur-, Wohnungs-, Lohn- und Sozialpolitik, die der Stärkung der Familie dient und kinderreiche Familien bevorzugt.

Für das Schulwesen in Sachsen fordern wir die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Stellung der Bekenntnisschule, wie es dem bei den Elternbeiratswahlen wiederholt festgestellten Elternwillen entspricht; denn Familie und Schule, Eltern und Lehrer können nur im Geist gemeinsamer Lebensanschauungen ihre Erziehungsaufgabe segensreich erfüllen.

Kirche und christliche Gemeinschaften stehen heute einem Staate gegenüber, der verfassungsgemäß dem Christentum neutral gegenübertritt. Daher fordern wir eine baldige, endgültige gesetzliche Regelung des Verhältnisses von Kirche und Staat, dergestalt, daß die Selbständigkeit und Wirksamkeit der Kirche in einer Weise gesichert wird, die der Würde ihres göttlichen Auftrages und ihrer Bedeutung für die sittliche Gesundung unseres Volkes entspricht. Dazu gehört auch die Freiheit der christlichen Wohlfahrtspflege und Fürsorgetätigkeit. Wir bekämpfen das Streben nach Verweltlichung der Wohlfahrtspflege durch die Verstaatlichung und Kommunalisierung, weil es der Liebestätigkeit die tiefste Kraft raubt und der christlichen Gemeinde den Weg zur Betätigung praktischen Christentums verbaut.

Dem Staate gegenüber strebt der Christlich-soziale Volksdienst nicht nach Macht und Einfluß im Interesse einzelner Volksschichten, er lehnt jede Politik der Revolution und Gewalt ab. Wir sind zu positiver Mitarbeit im Staate bereit, ohne uns das Recht zur Kritik und zum Streben nach Abstellung von Mißständen und Mängeln der staatlichen Ordnung und Verwaltung nehmen zu lassen.

Das Parteiwesen in der bisherigen Form lehnen wir ab, weil es unfruchtbar ist und das Volk auseinanderreißt, statt es zu edlem Wettefer im Dienste am Staat und Volksganzen anzuspornen. Die alten Parteien sind durch ihre inneren Gegensätze und Unklarheiten zu staatspolitischer fruchtbarer Aufbauarbeit unfähig, berufliche und interessenpolitische Sonderparteien müssen zur Verkümmerung des Staatsbürgertums führen. Radikales Draufgängertum hindert eine gesunde organische Entwicklung unserer staatlichen Verhältnisse.

Wir rufen unser christlich-evangelisches Volk, soweit es sich nicht an die Parteien gebunden fühlt, zu geschlossenem Einsatz auf, damit auch im sächsischen Landtag — wie in dem Württembergs, Badens, Preußens und im Reichstage — Männer des Volksdienstes dem Parteigeist entgegenwirken und das Zeugnis des Wortes und der Tat ablegen können für den aus christlicher Verantwortung getätigten Dienst an Volk und Staat.

Unser Land Sachsen wollen wir in seiner Eigenstaatlichkeit erhalten und ausbauen zu einem lebendigen und treuen Glied am Baume des deutschen Reiches. Wir mißbilligen es, wenn jetzt vor der Verabschiedung des Staatshaushaltsplanes der Landtag aufgelöst ist, obwohl eine zu sachlicher Arbeit entschlossene Regierung eben ihr Amt angetreten hatte. Wir verwerfen es besonders, daß die letzte Regierungskrise hervorgerufen wurde aus Gründen, die mit der sächsischen Landespolitik nichts zu tun haben.

Wir fordern eine sparsame Verwaltung in Gemeinde, Staat und Reich und die baldige Durchführung einer allgemeinen Verwaltungsreform durch Vereinfachung und Beschränkung der öffentlichen Verwaltung auf das wirklich notwendige, damit durch steuerliche Entlastung unsere Wirtschaft in Stadt und Land wieder aufblühen und allen Volksgenossen Brot und Arbeit zu geben vermag.

In der Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik fordern wir den Schutz aller bodenständigen Berufsstände, insbesondere der Landwirtschaft und des gewerblichen Mittelstandes. Die staatliche Hilfe muß darauf abgestellt sein, die geschwächten Kräfte berufsständischer Selbsthilfe anzuregen und einen gerechten Ausgleich ihrer Bedürfnisse und Interessen herbeizuführen. Reichs- und Landespolitik muß den Schutz aller nationalen Arbeit vor übermächtiger Konkurrenz des Auslandes sichern, unser Volk muß es sich zur Pflicht machen, durch Verbrauch einheimischer Waren die Liebe zur Heimat auch praktisch zu betätigen. So muß durch Wiederbelebung unserer Wirtschaft, auch mit dem außergewöhnlichen Mittel eines Volksnotopfers (das nicht nur von einer Gruppe getragen werden soll), die furchtbare Not der Arbeitslosigkeit vermindert und allen arbeitsfähigen Volksgenossen wieder Arbeitsgelegenheit geschaffen werden. Daneben muß den arbeitswilligen Erwerbslosen und ihren Familien durch Sanierung der Arbeitslosenversicherung, sowie mit den Mitteln der Krisenunterstützung und Fürsorge das Existenzminimum gesichert werden.

Die Sozialpolitik bejahen wir aus dem Geist christlicher Nächstenliebe als ein Hilfsmittel sozialer Gerechtigkeit und ständischer Selbsthilfe. Sie muß von Mängeln und Mißständen gereinigt und organisch fortentwickelt werden, mit dem Ziel, den größten Stand unseres Volkes als mitverantwortlichen Träger von Wirtschaft und Staat gleichberechtigt einzugliedern. Darum bejahen wir die gewerkschaftliche Organisation der Arbeitnehmerschaft, verwerfen jedoch den Mißbrauch des gesunden Gewerkschaftschaftsgedankens zum Kampf gegen Christentum und Volksgemeinschaft, wie er in den freien Gewerkschaften vielfach geführt wird.

Klassenkampf und Klassengeist bekämpfen wir mit gleicher Entschiedenheit. Der Christlich-soziale Volksdienst lehnt darum sowohl die Klassenparteien des Proletariats wie den Gedanken eines Besitzbürgerblocks ab.

Glaube und Heimat! Im Gehorsam gegen Gottes Willen auch in der Politik gehen wir in diesen Wahlkampf. Die Liebe und Treue zu unserem Volk und Land zwingt uns, auch die Stillen im Lande zur Erfüllung ihrer Staatsbürgerpflicht am 22. Juni 1930 aufzurufen.

Wer mit uns in diesem Geist und in diesen Zielen einig ist, der helfe uns, den Ruf zur Sammlung aller Gleichgesinnten in Landeskirche, Gemeinschaften und Freikirchen verbreiten.

Der 22. Juni 1930 gibt uns Gelegenheit, für unsere Bereitschaft zum Dienst an unserem „Volk in Not" mit dem Stimmzettel Zeugnis abzulegen.

Die Kandidaten des Christlich-sozialen Volksdienstes sind: 1. Arthur Bley, Kaufmann, Reichenbach i. V.; 2. Richard Fischer, Steuerrat, Dresden-A.; 3. Max Thomas, Lohnsticker, Falkenstein; 4. Martin Richter, Fürsorgehelfer, Dresden-A.; 5. Curt Gröschel, Jugendsekretär, Dresden-A.; 6. Hermann Kircher, Pfarrer, Coswig; 7. Gustav Noack; Textilarbeiter, Groß-Schönau; 8. Heinrich Brockhausen, Ver.-Sekr., Leipzig; 9. Adolf Anger, Verlagsbuchhändler, Leipzig; 10. Theodor Rossel, Landger.-Rat, Plauen; 11. Otto Göricke, Kaufmann, Radebeul; 12. Frl. Hanna Schweingel, Sekr., Oetzsch; 13. Ernst Michel, Landwirt, Stangengrün; 14. Karl Liegert, Redakteur, Frankenberg; 15. Dr. med. Johann Bergmann, Arzt, Ohsling; 16. Max Schlesinger, Bürstenf.-Arbeiter, Schönheide; 17. Georg Baring, Pfarrer, Hochweitzschen; 18. Frau Selma Wagner, Hausfrau, Reichenbach; 19. Emil Schreier, Strumpfwirker, Dorfchemnitz; 20. Dr. Echte.

•

Christlich-sozialer Volksdienst, Landesgruppe Sachsen. i. A. Bley, 1. Vorsitzender. Geschäftsstelle Reichenbach im Vogtlande.

Das teure A. A.

Luxusausgaben des verarmten Reiches.

Etatsberatungen sind im allgemeinen wenig kurzweilig, so daß die Presse mit einigen Zeilen darüber hinweggeht, weil längere Berichte nicht gelesen werden. Auch die diesjährigen Reichstagsverhandlungen über den Etat machen davon kaum eine Ausnahme. Eine große Ueberraschung gab es lediglich bei der Ausschußberatung des Etats des Auswärtigen Amtes. Es ist von offiziösen Stellen der Versuch gemacht, Berichte über diese Ausschußverhandlungen nach Möglichkeit zu unterdrücken. Um so mehr besteht für die Oeffentlichkeit Veranlassung, diesen Verhandlungen besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Das deutsche Volk hat gerade angesichts der wirtschaftlichen Notlage ein Anrecht darauf, zu erfahren, wie mit seinen Steuergeldern gewirtschaftet wird.

Die Verhandlungen über den Etat des Auswärtigen Amtes haben den einwandfreien Beweis erbracht, daß das verarmte deutsche Reich den teuersten Außenetat der Welt sein eigen nennt. Das deutsche Auswärtige Amt, das im Jahre 1914 nicht mehr als 21 Millionen Mark benötigte, hat im Jahre 1930 63 Millionen Mark erfordert; die Ausgaben haben sich gegenüber der Vorkriegszeit also verdreifacht. Dagegen beträgt der Außenetat in dem welbeherrschenden England nur 49 und in Frankreich nur 36 Millionen Mark. Deutschland bezahlt also seine Außenpolitik, an deren Erfolgen in den letzten Jahren doch wohl weiteste Volkskreise einigen Zweifel hegen, mit 175, bezw. 129 Prozent der Summen, die das reiche Frankreich oder England dafür aufwenden. Bei einem Vergleich mit anderen Staaten tritt die Aufblähung des deutschen außenpolitischen Apparates noch deutlicher in die Erscheinung; denn während wir unsere Außenpolitik uns 63 Millionen kosten lassen, gibt Italien dafür nur 17 und Spanien nur 11 Millionen Mark aus. Niemand wird behaupten können, daß diese Staaten, im Vergleich zu Deutschland deshalb diplomatisch ins Hintertreffen geraten seien.

Neben den teils unverständlich hohen Ausgaben sachlicher Art im Etat des Auswärtigen Amtes müssen vor allem die riesigen Personalausgaben überraschen. An höheren Diplomaten, die Einkünfte bis zu 170 000,— Mark jährlich im Einzelfalle haben, verfügt Deutschland über 192, während sich England und Frankreich mit 126 bezw. 123 begnügen. Es sind also drei Deutsche notwendig, wo zwei Engländer ausreichen. Von den oft recht verschiedenartigen Ergebnissen deutscher und englischer Diplomatenkunst soll dabei noch ganz abgesehen werden.

Mit recht gemischten Gefühlen wird es in Deutschland auch aufgenommen, daß wir für den Völkerbund abermals 120 900 Mark mehr ausgeben sollen als bisher, so daß uns die Mitgliedschaft im Völkerbund *im Jahre 1930 insgesamt 1 806 700 Mark kostet.* Rätselhaft ist es auch, warum wir für die deutsche Liga für den Völkerbund, die vom Reich bisher mit 60 000,— Mark unterstützt wurde, im neuen Jahre den doppelten Betrag von 120 000,— Mark aufwenden müssen.

Bei der Beratung des Haushaltsplanes des Auswärtigen Amtes ist das vorstehend aufgeführte Material in allen Einzelheiten von dem Berichterstatter, dem deutschnationalen Abgeordneten v. Freytag-Loringhoven, den Ausschußmitgliedern unterbreitet. Der deutschnationale Abgeordnete, also ein Vertreter der Opposition, hat damit den Nachweis erbracht, daß und an welchen Stellen an dem von der gegenwärtigen Regierung vorgelegten Haushaltsplan tatsächlich noch erheblich gespart werden kann. Der Regierung und insbesondere den Vertretern des Auswärtigen Amtes waren die Feststellungen des deutschnationalen Abgeordneten so unangenehm, daß sie ihr Hinausdringen in die Oeffentlichkeit zu verhindern versucht haben.

Fast zur gleichen Stunde ist von einer anderen unparteiischen Stelle an der Ausgabenwirtschaft des auswärtigen Amtes schärfste Kritik geübt worden. Der Rechnungshof des Deutschen Reiches hat bei der Prüfung der Abrechnungen des Auswärtigen Amtes zahlreiche Haushaltsüberschreitungen festgestellt. So hat der Rechnungshof u. a. bemängelt, daß als außerplanmäßige Ausgabe für die Beförderung der deutschen Abordnung zur Konferenz in Locarno allein für Sonderzüge ein Betrag von über 98 000 Mark aufgewendet ist. Auch die hohen Reisekosten und Urlaubsbeihilfen für Beamte des Auswärtigen Amtes hat der Rechnungshof aufs schärfste kritisiert. So ist für eine Dienstreise eines deutschen Botschafters von der russischen Eisenbahnverwaltung ein Salonwagen für 16 000 Mark gemietet worden, während die Kosten der Reise bei Benutzung der 1. Wagenklasse knapp 700 Mark betragen hätten. Der Rechnungshof hat bei der Nachprüfung diese und zahlreiche andere Verstöße gegen die Haushaltsordnung zur Kenntnis des Reichstages gebracht.

Angesichts der von dem deutschnationalen Abgeordneten und dem Rechnungshof aufgedeckten Tatsachen wird selbst in der Regierungspresse von einer „unverantwortlichen Verschwendung" des Auswärtigen Amtes gesprochen. Das Organ der dem gegenwärtigen Reichskanzler besonders nahestehenden Christlichen Gewerkschaften, „Der Deutsche", schreibt sogar: „Diese Verschwendung ist unter Außenminister Stresemann noch schlimmer geworden, als sie vorher war, und es sieht nicht so aus, als ob Curtius der energische Mann wäre, um der ungemein schwierigen Aufgabe der Sparsamkeit im auswärtigen Haushalte Herr zu werden." Diese Zweifel an dem Willen zum rücksichtslosen Durchgreifen sind nach allen bisherigen Erfahrungen bei der gegenwärtigen Regierung nur allzu gerechtfertigt. Um so notwendiger ist es, daß im Volke die von den Vertretern der nationalen Opposition erhobene Forderung

strengster altpreußischer Sparsamkeit nachdrückliche Unterstützung findet. Erste Voraussetzung dafür ist es, daß das jetzt aufgedeckte Sündenregister des Auswärtigen Amtes überall bekannt wird. Daran mitzuarbeiten ist jeder berufen. Dann hat der Sparkommissar das Wort.

Dr. Hoener, Bielefeld.

Frankreich und Italien.

Wer im Kampf um die Selbsterhaltung stets nachgibt und nicht getreu seinen Grundsätzen und Lebensbedürfnissen handelt, der geht dem unentrinnbaren Untergang entgegen. Es ist dies zwar eine Binsenwahrheit, doch eine der vielen, die nicht oft genug wiederholt werden können, weil einige Führer in dem ständigen Nachgeben der politischen Klugheit höchstes Gebot erblicken. Anders ist es mit Mussolini. Sein Handeln wird nicht vom Nachgeben, sondern lediglich von den italienischen Staatsbedürfnissen bestimmt. Seine wuchtige Sprache ist die Sprache des Starken. Was er sagt, sitzt. Die Reden von Livorno und Florenz (einige Wendungen sind aus alter Zeit vertraut) haben aufhorchen lassen. Frankreich ist über die außenpolitischen Ziele des Faschismus nicht im Unklaren. Interessant sind jedenfalls die Ausführungen von Gustave Hervé in der französischen Zeitung „La Victoire" (der Sieg): „Die deutschen Kolonien und türkischen Provinzen sind zwischen England und uns verteilt worden. An unsere italienischen Bundesgenossen ist nicht im geringsten gedacht worden. Wir überhäufen Deutschland, das unser grausamer Feind war (!), mit Freundlichkeiten und Entgegenkommen (!) und lassen noch immer einige kleine Fragen, die Italien, unseren guten Bundesgenossen betreffen, in der Schwebe.

Die internationale Freimaurerei ist gegen das faschistische Italien von Haß beseelt und will die italienische Freimaurerei, die von Mussolini scharf angepackt worden ist, rächen. Kein Wunder ist es, daß ein Kesseltreiben gegen Italien veranstaltet wird."

Auch der „Ami du Peuple", ein Ableger des Figaro, spricht der Verständigung zwischen Italien und Frankreich das Wort. Wird in Kürze eine Besserung der Verhältnisse eintreten? Wir glauben es nicht.

E. F. K.

Lohn- und Preisabbau beginnt.

Eisen-Schiedsspruch verbindlich. — Reichsrat soll noch in dieser Woche über die Deckungsgesetze entscheiden.

Wie verlautet, ist die Entscheidung des Reichsrats über die vom Reichskabinett ausgearbeiteten Gesetzentwürfe zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung und Deckung des Fehlbetrags im Reichshaushaltsplan noch für diese Woche zu erwarten. In der nächsten Woche sollen diese Gesetze dann den Reichstag, der am Montag seine Plenarverhandlungen wieder aufnimmt, beschäftigen.

Bis dahin dürften der Reichsarbeitsminister und der Finanzminister hinter den Kulissen noch mit den Parteiführern verhandeln, um den Deckungsgesetzen eine Mehrheit im Reichstage zu sichern. Abänderungen der einzelnen Gesetzentwürfe scheint die Reichsregierung in Kauf nehmen zu wollen. Zu dem Notopfer wird von amtlicher Seite noch mitgeteilt, daß dieses Notopfer sich auf Artikel 36 des Besoldungsgesetzes stützt, so daß

auch Rentenbezieher und Pensionsempfänger von dem Notopfer betroffen

werden, vorausgesetzt, daß die Rentenbezüge ihrer Höhe nach unter das Notopfer fallen.

Abgesehen von den politischen Verhandlungen im Reichstag sollen in den nächsten Tagen auch die zwischen der Industrie und den Gewerkschaften schwebenden Verhandlungen über die Bildung einer sozialen Koalition wieder aufgenommen und zum Abschluß gebracht werden. Eine weitgehende Annäherung soll bereits vor Pfingsten zustandegekommen sein; nach der Billigung dieser Beschlüsse durch die hinter den Unterhändlern stehenden Organisationen will man die Formulierungen der Reichsregierung unterbreiten.

Der im Manteltarifstreit der Gruppe Nordwest der deutschen Eisenindustrie am 26. Mai in Oeynhausen gefällte Schiedsspruch ist inzwischen vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden. Danach soll eine allgemeine Senkung der Löhne und Gehälter um 7½ v. H. eintreten mit rückwirkender Kraft am 1. Juni. Hinsichtlich der Preissenkung haben die Arbeitgeber zugesichert, daß die Preissenkung, die gleichfalls vom 1. Juni ab gelten soll, prozentual bedeutender sein wird als der Lohnabbau. Der Reichsarbeitsminister hat sich vorbehalten, durch eigene Sachverständige die Höhe der tatsächlich erfolgten Preissenkung nachprüfen zu lassen.

10prozentige Senkung der Eisenpreise.

Im übrigen sieht der Schiedsspruch, der mehr als 200 000 Arbeiter umfaßt, unter Beseitigung der sogenannten Severing-Klausel von 1929 die Möglichkeit der Herabsetzung der Akkordlöhne vor. Ursprünglich war eine Verminderung um 10 v. H. geplant. Man hat sich jetzt auf 7,5 v. H. geeinigt. Der Lohnabbau soll auch die Angestellten erfassen. Es ist vorgesehen, daß die Einsparung bei den größeren Einkommen stärker in Erscheinung treten soll als bei den kleineren. Die Tariflöhne sind von dem Schiedsspruch nicht berührt.

Uebrigens gilt die Formel für den Lohnabbau nicht als Zwangsspruch. Sie bedeutet, daß bis zu 7½% der übertariflichen Verdienste abgebaut werden kann. Es bleibt den einzelnen Betrieben überlassen, ob sie bis zu diesem Höchstsatz von 7½% gehen wollen oder nicht darunter bleiben können. In der Frage der Preissenkung sind sich Regierung und Industrie allem Anschein nach darin einig, daß die Preissenkung mindestens 10% betragen muß, wenn keine Schwächung der Kaufkraft eintreten soll.

*

In parlamentarischen Kreisen sieht man in dieser Einigung den ersten Schritt zur Preissenkungsaktion, der die Grundlage für die weiteren Verhandlungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften sein wird.

Der Reichskanzler kommt Ende dieser Woche nach Berlin zurück. Bis dahin hofft man die „soziale Koalition" zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften geschlossen zu haben. Ist das wirklich der Fall, so sind die Aussichten der Reichsregierung, ihre neuen die Masse außerordentlich belastenden Steuernotgesetze vom Parlament sanktioniert zu erhalten, wesentlich besser. Denn wenn die maßgebenden Wirtschaftsfaktoren die Konjunktur praktisch ankurbeln, dann wird damit auch die Bewilligungsfreudigkeit angekurbelt.

Polens Protest in Berlin.

Das Auswärtige Amt wartet zunächst die polnische Antwort auf die deutsche Beschwerde ab.

Wie von zuständiger Stelle zu der zweiten polnischen Note wegen des deutsch-polnischen Grenzzwischenfalls von Neuhöfen mitgeteilt wird, ändern die in dieser Note zum Ausdruck kommenden polnischen Einwände an der ganzen Sachlage nicht das Geringste. **Erwähnung verdiene lediglich die Schlußbemerkung der polnischen Note, weil aus ihr hervorgehe, daß Polen seine frühere Behauptung, die deutschen Beamten hätten die Grenze überschritten, nicht mehr aufrechterhält.**

Neue Schritte wird das Auswärtige Amt zunächst nicht unternehmen, da die polnische Antwort auf die am Sonnabend in Warschau überreichte deutsche Protestnote noch aussteht.

*

Auch Rußland protestiert.

Wegen polnischer Grenzverletzungen bei Minsk.

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat das Außenkommissariat beschlossen, bei der polnischen Regierung Schritte wegen der letzten Grenzzwischenfälle in der Nähe von Minsk zu unternehmen. Nach einer amtlichen Mitteilung haben polnische Soldaten wiederholt die Grenze überschritten und einen russischen Grenzbeamten entführt, der schon seit mehreren Wochen in Polen gefangen gehalten wird. Die sowjetrussische Regierung hat in dieser Angelegenheit bereits früher in Warschau Schritte unternommen, jedoch ergebnislos.

Nach einer weiteren Mitteilung haben polnische Soldaten eine rege Spionagetätigkeit auf weißrussischem Gebiet entfaltet, die große Aehnlichkeit mit dem deutsch-polnischen Grenzzwischenfall besitze und jetzt zu einem Notenwechsel geführt habe.

Trauerfeier für Baligand.

Telegrammwechsel Hindenburgs mit dem portugiesischen Präsidenten.

— Portugal, 11. Juni.

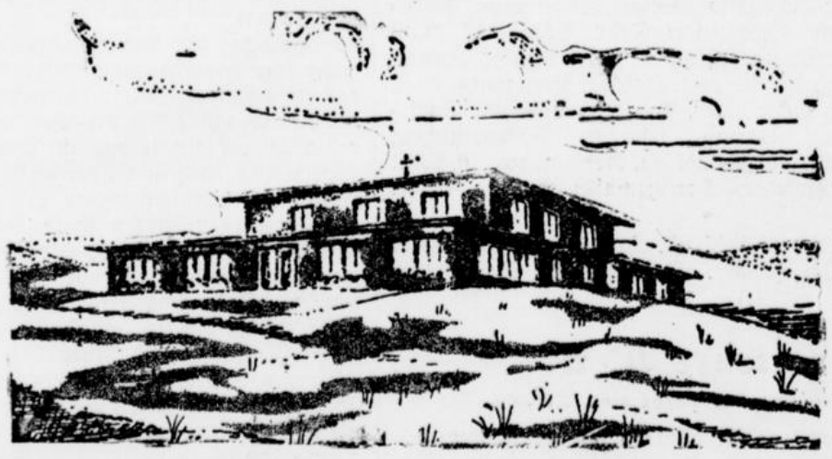
Unter riesiger Beteiligung der Bevölkerung fand in Portugal eine Trauerfeier für den ermordeten deutschen Gesandten von Baligand statt. An der Trauerfeier nahmen Abordnungen der portugiesischen Marine, des Offizierkorps, des deutschen Geschwaders, der deutschen Kolonie sowie sämtliche Mitglieder des Diplomatischen Korps teil. Den Sarg bedeckte die Reichsflagge. Die Ueberführung der Leiche nach Deutschland erfolgt im Laufe des heutigen Mittwochs; die Beisetzung findet in München statt.

Reichspräsident von Hindenburg sprach dem Präsidenten von Portugal in einem Telegramm seinen Dank für die Anteilnahme aus.

Wie ergänzend bekannt wird, besitzt der Mörder des Gesandten —Piechowski — preußische Staatsangehörigkeit. Piechowski ist bereits in jungen Jahren wiederholt bestraft worden. Im Jahre 1908 erhielt er einen Verweis wegen Hausfriedensbruchs. 1909 und 1910 wurde er vom Schöffengericht Danzig wegen Widerstandes, Beleidigung und groben Unfugs zu Gefängnisstrafen verurteilt. Einige Jahre nach dem Kriege ergaben sich Zweifel an seiner Zurechnungsfähigkeit, so daß er 1922 Aufnahme in der Heilanstalt Lauenburg in Pommern fand. Hier verblieb er bis zum April 1924. Darauf war sein Aufenthalt einige Zeit unbekannt. Er tauchte dann in Osnabrück auf, wo er noch in demselben Jahre vom dortigen Amtsgeri[illegible]

Eichenkreuz-Ferienheim „Waterdelle" auf der Nordsee-Insel Borkum.

In der Tat, es gibt in der evangelischen Jungmännerwelt noch Leute, die die Kunst des Ueberraschens in hohem Maß verstehen! Hat sich da in aller Stille ein Freundeskreis unserer ehemaligen Borkumfahrer zusammengetan und sich das Ziel gesetzt dem Reichsverband ein kleines Nordseeheim zu schaffen. Die erste Etappe war erreicht, als die Mittel für den Erwerb eines Dünengrundstückes zusammengetragen waren. Der ausgesuchte Platz war allerdings so schön, daß man Zweifel haben durfte, ob die Regierung das Gelände in solch einzigartig schöner Lage freigeben würde. Als dann aber die Verhandlungen mit dem Reichswehrministerium überraschend schnell zu einem positiven Abschluß kamen, waren auch die Mittel zur Erstellung eines Heims mit 24 Freizeit- und 11 Erholungsheimbetten zur Stelle. Wir danken es unserem Freund, Architekt L. Deichgräber, daß es möglich war, im Rahmen der außerordentlich beschränkten Mittel ein schmuckes Heim zu schaffen. Und nachdem die ersten Spatenstiche auf dem Bauplatz getan waren, setzte aufs neue die Opferfreudigkeit unserer Borkumfahrer ein, um die Mittel für eine schlichte, aber geschmackvolle Einrichtung bereitzustellen.



Jetzt steht das Eichenkreuzheim Waterdelle zum Dienst an unserem evangelischen Jungvolk bereit. Es ist uns eine besondere Freude, daß der „Dienst an der Reichswehr" es mit einer Freizeit für die Angehörigen der Marine der Nordseestation eröffnen wird. Dann wird ein Lehrgang durch den ganzen Sommer hindurch den andern ablösen: Zu Pfingsten werden die Helferschaften des Jungscharwerkes erscheinen; dann kommen verschiedene Eichenkreuzlehrgänge, im Juli eine M.B.K.-Freizeit, im August eine Freizeit des Verbands gläubiger Kaufleute und endlich Ende August die Norddeutsche Reichsfreizeit.

Durch die Verbindung von Ferienheim und Hospiz wird es möglich sein, für einen außerordentlich billigen Preis auch solchen Freunden des evangelischen Jungmännerwerkes, die einen Erholungsaufenthalt an der Nordsee suchen, aber aus wirtschaftlichen Gründen behindert sind, eine gute Unterkunft zu gewähren. Der Preis für Unterkunft und Verpflegung ist auf 3,50 und 4,50 Reichsmark festgesetzt. Anfragen sind zu richten an die Reichsleitung, Kassel-Wilhelmshöhe, oder an die Heimleitung des Eichenkreuzferienheims Waterdelle, Borkum, Nordstrand.

Jugendleben auf der Freusburg.

Jugendburg Freusburg . . . Die kommenden Wochen bringen der Freusburg an der Sieg wieder ein reges Leben. Die Freusburg-Arbeitsgemeinschaft für Lebenserneuerung ruft zu verschiedenen Veranstaltungen. In der Zeit vom 30. 6. bis 6. 7. findet die 6. Freusburger Haushalts- und Ernährungswoche statt, in der wiederum unter fachgemäßer Anleitung über die neuzeitliche Art der Lebensgestaltung und über neue Wege der Ernährung beraten werden soll. Fachleute verschiedenster Richtungen werden die Teilnehmerinnen und die Teilnehmer durch Theorie und Praxis in die wesentlichen Punkte einführen. Außerdem aber sind Vorträge mit anschließenden Aussprachen über Kulturfragen, die Zusammenhänge von Ernährung und Gesundheit, Alkoholkampf und gärungslose Früchteverwertung, biologischen Gartenbau usw. vorgesehen. Die Teilnehmergebühr beträgt 5,— Mark, dazu für Unterkunft und Verpflegung täglich 2,55 Mark. Anfragen und Anmeldungen an Hedwig Eichbauer, Hamm an der Sieg.

Im Anschluß an diese Woche wollen sich zum vierten Male junge Menschen mit Jugendführern und Volkserziehern in einer Freusburger Werkwoche für Laienspiel zusammenfinden, für die die Zeit vom 7. bis 13. 7. vorgesehen ist. Die Woche steht unter Leitung von Fritz Vater, Biedenkopf, Mitglied des Euckenbundes. Es soll den Teilnehmern die gemeinschaftbildende Kraft des Laienspiels gezeigt werden, um es zum Allgemeingut der Jugend zu machen und ein Rüstzeug zu schaffen gegen die seelenlosen und oberflächlichen Genüsse unserer Zeit. Diesmal soll im besonderen auch das Handpuppenspiel gepflegt werden. Sorgfältige Gruppeneinteilung wird dafür sorgen, daß auch fortgeschrittene Teilnehmer ihnen entsprechende Aufgaben finden. Die Gebühr für diese Woche beträgt einschließlich Unterkunft und Verpflegung 20 Mark, für Jugendliche unter 20 Jahren 15,— Mark. Anfragen und Anmeldungen an das Arbeitsamt der Freusburg-Arbeitsgemeinschaft für Lebenserneuerung, Hilchenbach in Westf., Postfach 14.

Als Abschluß der Laienspielwoche soll am Sonntag, dem 13. 7. ein „Froher Tag" sein, zu dem die Jugend aller Richtungen und Lager aufgerufen sei. Er wird durch Lied, Volkstanz und Spiel ausgeschmückt sein. Im Mittelpunkt des Tages steht die Aufführung des von Otto Brües verfaßten Freilichtspiels „Die Jugendburg", das besonders für die Freusburg geschrieben wurde. Das wird während der Woche eingeübt und von Teilnehmern aufgeführt. Ein bekannter Jugendführer soll gewonnen werden, um dem Tag durch eine Ansprache an die versammelte Jugend Ziel und Richtung zu geben. Näheres über die Ausgestaltung des Tages wird noch bekanntgegeben. Schon jetzt aber sei an alle Jugendgruppen, einerlei, welcher Richtung, die Bitte gerichtet, sich diesen Tag für einen Besuch auf der Freusburg freizuhalten.

zu einem Monat Gefängnis wegen Betruges verurteilt wurde. Später ging er wieder zur See.

Wegen des Gesandtenmordes wird Piechowski noch in dieser Woche in Lissabon vor Gericht gestellt werden.

Reichsrat besucht Swinemünde.

Am Donnerstag. — Teilnahme am Seeschießen der Artillerie.

Am Donnerstag stattet eine Abordnung des Reichsrats der Marinegarnisonstadt Swinemünde einen Besuch ab. Die Abordnung kommt mit dem Marinetender „Hela" von Pillau, wird am Donnerstag dem Seeschießen der Marine-Artillerie in Swinemünde beiwohnen und am Freitag nach Stralsund weiterreisen. Der Abordnung, die auch vom Chef der Marineleitung, Admiral Dr. Raeder, empfangen werden wird, gehören an: Ministerialdirektor Coßmann und Ministerialrat Friehlinghaus für Preußen, Geheimrat Quark-Bayern, Ministerialrat Druck-Württemberg, Staatspräsident Dr. Schmidt-Baden, Minister Dr. Müntzel-Thüringen und Minister Ahlhorn-Oldenburg.

Bekenntnis zum Deutschtum.

Abschluß der Salzburger Tagung. — Feierliches Gelöbnis.

— Salzburg, 11. Juni.

Die Salzburger Pfingsttagung des Vereins für das Deutschtum im Auslande fand mit einem Fackelaufmarsch der Jugend ihren Abschluß. Nach einer Ansprache des Direktors Hlawna-Salzburg, die mit dem Deutschlandlied schloß, setzte sich der Fackelzug durch die Straßen der Stadt in Bewegung. Der Abmarsch dauerte über eine Stunde. Kurze Zeit später gingen die ersten Sonderzüge ab.

Im Verlaufe der vorangegangenen Feiern legten die Teilnehmer der Pfingsttagung ein Gelöbnis ab, in dem es u. a. heißt:

„Wir Deutschen aus dem Reich und aus Oesterreich, aus den Grenzgebieten des deutschen Volksbodens aus den rings in Europa umbrandeten Inseln deutscher Sprache und deutscher Lebensgesittung, aus den überseeischen Wohnsitzen in Amerika, Afrika, Asien und Australien, aus den rings in der Welt zerstreuten Stätten deutschen Handels, deutschen Gewerbefleißes und deutscher Leistung in Technik und Wissenschaft, Wir Söhne und Töchter der gleichen Heimaterde, wir bekennen uns in dieser Stunde mit voller Entschlossenheit zu unserem Schicksal und unserer Aufgabe.

Schicksal ist uns, die wir in ringsum schutzlosen Grenzen, das eingeengte Volk der europäischen Mitte sind, die Zerstreuung über viele Länder hin. Aufgabe ist uns die deutsche Gemeinschaft. Wir heben unsere Hände und geloben:

In der Not- und Werkgemeinschaft unserer volksdeutschen Schutzarbeit drinnen und draußen, wollen wir den Sinn der Geschichte, die große Aufgabe der Gegenwart, erfüllen als treue Diener am Werk der Zukunft. Deutschland, unser Vaterland, Deutschland, aller Deutschen Mutterland, Deutschland, als geistige Kulturgemeinschaft aller Volksgenossen diesseits und jenseits staatlicher Grenzen: Deutschland über alles.

Simon-Bericht veröffentlicht.

„Das britische Volk muß mit der Freiheitsbewegung sympathisieren."

In London ist nunmehr der erste, 409 Seiten starke Teil des Simon-Berichts veröffentlicht worden. Dieser Bericht behandelt u. a. die Verhältnisse in den einzelnen Provinzen, die Verfassungsfrage, das administrative System, die Finanzen, die Volksbildung und die öffentliche Meinung Indiens.

Die Entwicklung der öffentlichen Meinung sei, so wird u. a. festgestellt, einer der wichtigsten Faktoren, der bei zukünftigen Aktionen berücksichtigt werden müsse. Der Aufklärungsprozeß könne in Indien naturgemäß nur sehr langsam vor sich gehen. Die Persönlichkeit des Führers, wie es Gandhi sei, mache einen sehr großen Eindruck auf die Bevölkerung. Ein schwerer Fehler würde es sein, die sich aus einer solchen Lage ergebenden Möglichkeiten zu übersehen. Im Hinblick auf den geringen Teil der Bevölkerung, der lesen und schreiben könne, komme der Verbreitung von Gerüchten eine ungeheure Bedeutung zu.

Das britische Volk müsse, so heißt es in dem Schlußkapitel über „Möglichkeiten für die Zukunft", mit der Freiheitsbewegung in Indien sympathisieren, obwohl die Begleiterscheinungen dieser Bewegung in verschiedener Hinsicht bedauerlich seien.

Die schlimmsten Uebel, unter denen Indien gegenwärtig leide, beruhten in den sehr alten sozialen und wirtschaftlichen Gebräuchen, die nur durch das indische Volk selbst abgeschafft werden könnten. Ernsteste Beachtung verdiene ferner die Spannung zwischen Hindus und Mohammedanern, die noch immer im Zunehmen begriffen sei, die Unterdrückung der Parias und die Frauenfrage. In letzterer Beziehung sei allerdings eine außerordentliche Besserung zu verzeichnen.

Die indische Presse steht dem Bericht der Simon-Kommission — die Vorschläge dieser Kommission sind in dem zweiten, noch nicht veröffentlichten Teil enthalten — durchweg ablehnend gegenüber. Eine führende Zeitung Bombays veröffentlicht den Bericht unter der Ueberschrift: „Der Simon-Ausschuß beleidigt Indien."

Arbeitskonferenz in Genf.

Deutschlands Vertreter: Reichsminister a. D. Brauns.

Unter dem Vorsitz des Präsidenten des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes, Fontaine, wurde in Genf die 14. Internationale Arbeitskonferenz eröffnet. In seiner Rede gab Fontaine einen Ueberblick über die drei wichtigsten Fragen der Tagesordnung: das Verbot der Zwangsarbeit, in den Kolonien, die Arbeitszeit für Büroangestellte und die Arbeitszeit im Kohlenbergbau. Zum Präsidenten der Konferenz wurde einstimmig der frühere belgische Arbeitsminister Professor Mahaim gewählt.

Die deutsche Regierung wird durch Reichsarbeitsminister a. D. Brauns vertreten: die Arbeitgebergruppe durch Kommerzienrat Vogel, die Arbeitnehmergruppe durch den Vizepräsidenten des Gewerkschaftsbundes Hermann Müller.

Carol II.

Die überraschende Rückkehr des früheren Kronprinzen Carol nach Rumänien zeigt erneut, welche Wirkungen eine auf die Schaffung vollendeter Tatsachen abzielende Politik haben kann. Rascher als es seine Freunde erwarten konnten, hat sich Carol im Verlaufe einiger Stunden, nachdem er einmal rumänischen Boden wieder betreten hatte, durchgesetzt und von der Nationalversammlung unter dem Jubel der Armee und eines großen Teiles der Bevölkerung mit 485 gegen nur eine Stimme — allerdings in Abwesenheit der Liberalen — die Ungültigkeitserklärung seines zweiten Thronverzichts sowie die Ausrufung zum König erlangt. Sogar die Königin-Witwe Maria, Carols große und ehrgeizige Gegenspielerin, hat gute Miene zum bösen Spiele gemacht und von Oberammergau, wo sie gegenwärtig weilt, ein Glückwunschtelegramm an ihren ersten Sohn und Rumäniens neuen König gesandt.

Bisher hat sich alles programmäßig und ohne Blutvergießen abgewickelt. Und wahrscheinlich werden sich die Dinge auch in Zukunft in dieser Bahn weiter entwickeln. Die überwiegende Mehrheit des Landes steht hinter Carol; einmal, weil sich Carol trotz seiner zahlreichen und zuweilen zügellosen Abenteuer eine gewisse Zuneigung erhalten hat, zum andern ist man in Bukarest der Intrigen und des Machtkampfes in dem für den bisherigen neunjährigen König regierenden Regentschaftsrat satt. Ablehnend steht dem neuen König lediglich die Liberale Partei gegenüber, wobei ihr Führer, Vintilia Bratianu, der Nachlaßverwalter seines großen Bruders Jonel Bratianu, sich aber dagegen verwahrt, die abwartende Haltung der Partei mit einer feindseligen gleichzusetzen. Spricht schon das nicht vom Kampfwillen der Opposition, so wird die Stellung der Opposition noch weiter dadurch geschwächt, daß ein Teil der Liberalen unter Führung Georg Bratianus, des Neffens des jetzigen liberalen Führers, für Carol Partei nimmt.

Ueber die voraussichtliche Politik des neuen Königs ist im Augenblick nicht viel zu sagen. Nach der Thronrede will Carol nicht den Tod der für seine Verbannung Verantwortlichen, sondern „ihre Rückkehr auf den rechten Weg, den sie niemals hätten verlassen sollen". Leitmotiv der Innenpolitik soll sein, alle diejenigen, die den Willen und die Kraft haben, für den Fortschritt des Landes zu arbeiten, „in ein Bündel zusammen zu schnüren". Eher geeignet, Aufsehen zu erregen, ist eine Unterredung, die ein Mitglied der Redaktion der englischen Arbeiterzeitung „Daily Herald" mit dem intimen Freund des bisherigen Verbannten, Jonescu, gehabt hat. Danach ist Jonescu der Ansicht, daß Carol im Verlaufe der nächsten Monate ernsthafte Schritte unternehmen wird, um Ungarn und Rumänien, „dessen Bauern schon vor tausend Jahren miteinander in Frieden gelebt hätten", zu einem Königreich zu vereinigen.

Aber selbst wenn der Freund des Verbannten über die Absichten des Königs Carol richtig unterrichtet sein sollte, würde diese „Eingemeindung" Ungarns ein Phantasiegebilde sein, wenngleich man in den letzten Tagen manches über ungarische Königspläne hörte. Denn zwischen Rumänien und Ungarn steht der Friede von 1919, der aus Rumänien auf Kosten Ungarns und anderer Nachbarländer ein Groß-Rumänien mit 18 gegenüber bisher sieben Millionen Einwohner gemacht und so Rumäniens Staatsgrenze weit über die Volksgrenze hinausgetrieben hat.

Im übrigen wird in Bukarest für die nächste Zeit nicht die Außenpolitik im Vordergrund stehen, vielmehr liegen die wichtigsten Aufgaben auf innenpolitischem Gebiet. **Carol II. muß sein Königtum noch festigen, und das schon deshalb, als sich in Rumänien die Szenerie schon häufig grundlegend gewandelt hat.** Man darf auch nicht vergessen, daß zwei „günstige Gelegenheiten" — der Tod Bratianus und des Königs Ferdinand — vorübergegangen sind, ohne daß Carol an die Macht gelangen konnte. Wenn seinen Bemühungen um den Thron diesmal ein besserer Erfolg beschieden war, dann liegt das nicht nur an der umsichtigen Vorbereitung der Rückkehr durch die Führer der Bauernpartei, sondern wohl auch daran, daß die Königin Mutter in den letzten Jahren erheblich an Autorität verloren hat. Waren es die Liebesabenteuer mit schönen Frauen, die mit zur Verbannung Carols beitrugen, dann waren es jetzt die Methoden, mit denen die Königin-Witwe die Verlobung der Prinzessin Ileana, der meistverlobtesten Prinzessin aller Dynastien, betrieb. Um über die letzte Affäre, jene Verlobung, die nach 48 Stunden wieder gelöst werden mußte, Gras wachsen zu lassen, hatte die Königin-Witwe eine große Auslandsreise angetreten, die aber — wie die Ereignisse lehren — den Anhängern Carols Gelegenheit gab, die Rückkehr Carols zu inszenieren und Carol zum Siege über die Mutter zu verhelfen.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 11. Juni 1930.

— Der Württembergische Beamtenbund ersuchte die württembergische Regierung, bei der Reichsregierung gegen das geplante Notopfer Einspruch zu erheben.

— Der Gemeinderat von Stambul beauftragte eine bayerische Firma mit dem Bau eines Theatergebäudes.

*

:: Kehl wird frei. In Ausführung der Räumungsbefehle haben nunmehr zehn Offiziere und 185 Unteroffiziere und Mannschaften des französischen Infanterieregiments 170 Kehl in einem Sonderzug verlassen.

:: Landeshauptmann Reinhard v. Gehren † Der Landeshauptmann der Provinz Hessen-Nassau, Reinhard v. Gehren, ist im 66. Lebensjahr in Karlsbad an den Folgen einer Lungenentzündung gestorben. Die Beisetzung findet in Kassel statt.

:: Ein erster Fliegerwiedersehenstag fand auf dem historischen Berliner Flugplatz Johannisthal statt. Von den Pionieren der Sportfliegerei sah man u. a. den alten Wright-Piloten Sedlmeyr, die Piloten Boutard, Reichart, Rose, Wenskus, Propeller-Mohns und den ältesten Militärfluglehrer Major Carganico. Nach einer Vorführung der verschiedensten Flugzeugtypen wurden auf dem früheren alten Startplatz ein neuer Flugzeugschuppen auf den Namen „Freiherr von Hünefeld" getauft.

:: In der Frage der Schulgebete hat das thüringische Staatsministerium dem Staatsgerichtshof eine Eingabe unterbreitet, in der Weimar die Empfehlung dieser Schulgebete für verfassungsmäßig hält.

Adolf von Harnack †.

Der Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften.

— Berlin, 11. Juni.

In den Abendstunden des Dienstags starb in Heidelberg im Alter von 79 Jahren der berühmte deutsche Geschichtsphilosoph und Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften Dr. h. c. Adolf von Harnack. Exz. von Harnack war seit 14 Tagen krank, hatte sich aber in den letzten Tagen wieder etwas erholt. Seine Beisetzung wird in Berlin erfolgen.

*

Adolf von Harnack, am 7. Mai 1851 in Dorpat geboren, entstammt einer altangesehenen lutherischen Theologenfamilie. Seit 1876 wirkte er als Professor in Leipzig, Marburg und später in Berlin. Als Theologe war Harnack der Führer einer modernen Richtung, die eine Versöhnung des Christentums mit dem Bewußtsein des naturwissenschaftlich Gebildeten anstrebt. Sein Hauptwerk ist eine dreibändige Geschichte des christlichen Dogmas. Bedeutsam ist auch seine Geschichte der Preußischen Akademie der Wissenschaften. Mit der positiven theologischen Richtung hat H. erbitterte Kämpfe geführt. Trotzdem stand er bei dem in religiöser Beziehung sonst anders gerichteten früheren Kaiser Wilhelm II. in besonderer Gunst. Anläßlich der Einweihung des Bibliotheksneubaues Anfang 1914 wurde er in den erblichen Adelsstand versetzt. Auch erhielt er den Orden Pour le mérite für Wissenschaft und den Titel eines Wirklichen Geheimen Rates mit dem Prädikat Exzellenz sowie den eines Dr. h. c.

Exzellenz von Harnack hat übrigens auch den evangelisch-sozialen Kongreß ins Leben gerufen und lange Jahre hindurch geleitet; außerdem hat er die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften geschaffen, deren Präsident er bis zu seinem Tode war. An seinem 78. Geburtstage am 7. Mai 1929 wurde ihm zu Ehren das Harnack-Haus in Berlin-Dahlem eingeweiht, das als deutsches Auslandsinstitut zur Aufnahme und als Wirkungsstätte erprobter ausländischer Gelehrter dienen soll.

U-Boot-Ehrenmal in Kiel.

Den 5132 Helden der verlorenen 199 U-Boote gewidmet.

Auf der ehemaligen Möltendorfer Schanze in Kiel fand die feierliche Einweihung des U-Boot-Ehrenmals statt. Auf ragender Säule, die sich nach oben zu verbreitert, sieht man einen Adler, der seine Schwingen ausbreitet, als wenn er sich nach Einkehr auf seinem Horst stolz zu neuem Fluge erheben will. Die Säule trägt die Inschrift: „Im Weltkrieg 1914/18 blieben 5132 Helden, 199 U-Boote."

Wie Kapitän z. See a. D. Walther, der Vorsitzende der Kieler Ortsgruppe der U-Bootkommandos, betonte, sei dem Gedächtnis der U-Bootbesatzung neben dem Ehrenmal in Laboe an der Kieler Förde ein besonderes Gedenken bereitet worden, weil der Versailler Vertrag Deutschland das U-Boot aus der Hand gewunden habe. Ueber die Hälfte der U-Bootbesatzungen seien gefallen. Kein anderer Truppenteil habe derart schwere Verluste gehabt.

Bei der Feier der Denkmalseinweihung selbst waren bei der Möltendorfer Schanze Fahnenmaste errichtet. Die Ehrenkompanie stellte die Schiffsstammdivision in Stralsund, die mit der Pflege der U-Bootüberlieferung beauftragt ist. Die Krieger- und Marinevereine hatten ihre Abordnungen entsandt, ebenso die Kieler Universität und die wassersporttreibenden Vereinigungen. Vertreter der Behörden waren ebenfalls erschienen.

Die Kieler Bevölkerung beteiligte sich zahlreich an der Feier, die durch einen Festgottesdienst eingeleitet wurde. Die Weiherede hielt Vizeadmiral a. D. Michelsen, der Worte des Gedenkens und der Kameradschaft fand

Grandi in Warschau.

Tischreden im polnischen Außenministerium.

Aus Anlaß der Anwesenheit des italienischen Außenministers Grandi in Polen fand im polnischen Außenministerium ein Essen statt. In seiner Tischrede meinte der polnische Minister des Auswärtigen, Zaleski, Polen und Italien könnten sich gut verstehen, denn sie erkennen die gleichen moralischen Werte an, hätten die gleiche Auffassung von Gerechtigkeit und Billigkeit und „handelten dementsprechend". Grandi erwiderte mit einem Hinweis auf die gemeinsame lateinische Zivilisation und die Glaubensgemeinschaft. Am Dienstag begab sich Grandi mit einem Sonderzug in das Wilnagebiet, um dem dort weilenden Marschall Pilsudski einen Besuch abzustatten.

Aus den zur Begrüßung Grandis veröffentlichten Artikeln der polnischen Presse spricht gleichzeitig Freude über den Besuch und Besorgnis wegen der gegen die starre Aufrechterhaltung der Friedensdiktate gerichteten Politik Mussolinis.

Rundschau im Auslande.

: Die Kronprinzessin Märta von Norwegen, die Nichte des Königs von Schweden, ist von einem gesunden Mädchen entbunden worden.

: In das Grazer Sekretariat der Christlich-sozialen Partei wurde ein Einbruch verübt. Alle Behälter wurden erbrochen. Die Diebe suchten politische Dokumente: einen

im Sekretariat hinterlegten größeren Geldbetrag ließen sie unangerührt.

* Der aus dem Ausland nach Moskau zurückgerufene Kommissar Naumow warf sich in der Nähe der russischen Grenze vor einem fahrenden Zug auf die Schienen. Als man ihn im letzten Augenblick rettete, brachte er sich mit einem Messer Stiche in den Unterleib bei.

* *

14 000 Kommunisten gemaßregelt.

* Im Laufe des letzten Jahres sind rund 14 000 Mitglieder der russischen kommunistischen Partei ausgeschlossen worden, 7 Proz. der Gemaßregelten gehören der Bauernschaft, 9 Proz. der Arbeiterschaft an; der Rest entfällt auf die Intelligenz.

Französischer Eisenbahnkontrolleur überfallen.

* In Vietri in Indochina wurde der französische Kontrolleur der Eisenbahnen von Yunnan von Aufständischen in seiner Wohnung überfallen und durch Revolverschüsse lebensgefährlich verletzt.

Schiffahrtsentschädigung 312 Mill. Mk.

Der Schiedsrichter für die Freigabe des in den Kriegsjahren in den Vereinigten Staaten beschlagnahmten deutschen Eigentums setzte die den deutschen Reedereien für die beschlagnahmten 94 Schiffe zu zahlende Entschädigung auf 74 243 000 Dollar — das sind rund 312 Millionen Mark — fest. Diese Summe liegt um etwa 100 Millionen Mark über der Schätzung der Kommission

Letzte Meldungen.

Hinweis auf den Tag des Augsburger Glaubensbekenntnisses.

— **Berlin,** 11. Juni. Am 25. Juni sind 400 Jahre seit dem Tage des Augsburger Glaubensbekenntnisses verflossen. Der preußische Kultusminister hat die Regierungen und die Provinzialschulkollegien in einem Erlaß angewiesen, dafür Sorge zu tragen, daß dieses Tages in der Woche vom 23. bis 28. Juni im evangelischen Religionsunterricht sämtlicher Schulen in würdiger Weise gedacht wird.

Reichsratsentscheidung verzögert sich.

— **Berlin,** 11. Juni. Die parlamentarische Verabschiedung der Deckungsgesetze verzögert sich. Man ist jetzt der Auffassung, daß die Entscheidung im Reichsrat frühestens in der nächsten Woche fallen kann. Verbleibt es dabei, dann wird der Reichsrat in seiner nächsten Plenarsitzung am Freitag nur das Posthilfsgesetz erledigen.

Der rumänische Staatsstreich in Bellinzona vorbereitet?

— **Genf,** 11. Juni. Wie hier bekannt wird, soll der rumänische Staatsstreich bereits am 24. April in Bellinzona in allen Einzelheiten festgelegt worden sein. Teilnehmer der Geheimsitzung sollen Prinz Carol, General Averescu, der rumänische Konsul in Turin, der rumänische Prinz Soutro sowie eine Reihe maßgebender rumänischer Persönlichkeiten gewesen sein.

Spanisches Militärflugzeug abgestürzt.

— **Madrid,** 11. Juni. Ein zum spanischen Heere abkommandierter kolumbianischer Oberleutnant streifte mit seinem Flugzeug die Haltetaue eines Fesselballons. Das Flugzeug stürzte ab; der Offizier starb an Schädelbruch

Verschiedenes.

Rationalisierung und Arbeiter. Von Wilhelm Mauer. Oktav, broschiert, 50 Seiten stark. Verlag: Christlicher Metallarbeiterverband Deutschlands, Duisburg, Stapeltor 17. Preis 0,50 RMk. Für Mitglieder der christlichen Gewerkschaften Preisermäßigung.

Die Schrift will vornehmlich Arbeiter in Methoden und Wesen der Rationalisierung einführen. Das Gute an ihr soll gefördert sowie das Gefährliche und Schädliche gemindert werden. Geschichte, Kräfte, Begriffe und Organisationen der Rationalisierung werden geschildert, ebenso auch ihre Anwendung und Durchführung, Licht und Schatten. Die leichtverständlich gehaltene Schrift schöpft zumeist aus praktischen Erfahrungen der neuen Industriearbeit. Sie will auch wieder deren Befruchtung dienen mit dem Ziele, dem schaffenden Menschen eher zu seinem Ziel zu verhelfen sowie das Wohl aller stärker zu fördern. Die Broschüre verdient daher allgemeine Beachtung.

Das Arbeitslosenproblem als Jugendnot sollte angesichts des Anschwellens der Arbeitslosenziffer gesteigerte Aufmerksamkeit finden. Merkwürdigerweise beschäftigt man sich wenig mit dieser Frage, die für die Zukunft des deutschen Volkstums von außerordentlicher Bedeutung ist. Um so bedeutsamer erscheint eine Uebersicht, die das Juli-Heft der Jungmännerzeitschrift „Der Ruf" (Versandstelle Barmen, Besenbruchstraße 28) über die bisher auf diesem Gebiete erfolgreich unternommenen Versuche gibt. Besonders die Auswertung des Freizeitgedankens für die innere und äußere Ertüchtigung arbeitsloser Jugendlicher, aber auch die Versuche mit planmäßiger Umschulung von Industriejugend für landwirtschaftliche Arbeit erscheinen aussichtsvoll und verdienen weitgehende Beachtung.

Der Bund Deutscher Jugendvereine e. V., dessen Bundesleiter Prof. D. Dr. Wilhelm Stählin, Münster i. W., ist, und dessen Bundeskanzlei sich in Göttingen befindet, veranstaltet seine diesjährige Bundestagung vom 1. bis 3. August in Darmstadt. Den Hauptvortrag über das Thema „Freier Gehorsam" hat Prof. D. Dr. Wilhelm Stählin übernommen. Die Bundestagung wird nach der am 31. Juli abends im Schloßhof stattfindenden Begrüßung am 1. August mit einer Morgenfeier eingeleitet. Die Jungenschaft im Bund zieht dann zu einem Geländespiel, während sich die Mädchen um Bilder deutscher Frauen sammeln. Die Aelteren werden sich über das Thema „Bund und was dann?" unterhalten. Den 1. August beschließt das Festspiel „Der Reformator" von Fritz Vater. Der 2. August beginnt mit gemeinsamer Gymnastik und sportlichen Wettkämpfen. Am Abend findet der bereits oben erwähnte Vortrag des Bundesleiters statt. Am Sonntag vormittag vereint alle Bundestagsteilnehmer der Festgottesdienst in der Festhalle, den Pfarrer Manz, Frankfurt M. halten wird. Nachmittags ist die Festwiese. Mit dem Bundesfeuer am Abend des 3. August findet die Bundestagung ihren Abschluß.

Nähere Auskunft erteilt gern die Bundeskanzlei des B.D.J., Göttingen, Postfach 204.

Christlicher Bund für Gasthausangestellte. Vom 4. bis 6. Oktober 1930 wird in Benneckenstein im Harz die 15. Hauptkonferenz des Christlichen Bundes für Gasthausangestellte stattfinden, an die sich vom 7. bis 9. Oktober eine Jugendfreizeit für Kellner- und Kochlehrlinge und Pagen anschließt.

Ferienwochen für deutsche Zukunft im Schwabenland. Zum sechstenmal findet die Arbeitsgemeinschaft für die geistigen Grundlagen der deutschen Zukunft statt, veranstaltet von der Lebensschule (Landerziehungsheim) der Siedlung Vogelhof, Post Hayingen, Württ. Menschen jeder Richtung, die an der gründlichen Umgestaltung unserer Zustände mitarbeiten wollen, sind willkommen. Auch die schöne Lage am Südrande der schwäbischen Alb ist Grund genug, eine Sommerfahrt auf den Vogelhof zu machen. Die Arbeitsgemeinschaft dauert vom 28. Juli bis 9. August. Vorträge werden gehalten von G. Bihler, Stuttgart; Dr. H. v. Bronsart, Hohenheim; Dr. A. Hoffmann, München; A. Kenstler, Bad Berka; Dietr. Klagges, Benneckenstein; Hans Richter, Leopoldshall; Fritz Ringler, Traunstein; Fr. Schöll, Vogelhof und Prof. H. Wirth. Anmeldung sofort erbeten, Tagungsplan wird dann zugesandt. Tagungspreis pro Tag 3, 50 Mark. Anreisetag 27. 7. Station Rechtenstein bei Ulm, 1 Stunde zu Fuß.

Bücher und Zeitschriften.

Die hier angezeigten Bücher sind zu beziehen durch die Buchhandlung der Anstalt Bethel.

Zeitwende. Das Juniheft bringt folgenden Hauptartikel: Die heutige Ehenot und ihre Bekämpfung durch rechtliche Mittel. Von Reichsgerichtspräsident a. D. Dr. Walter Simons. — Der Weg zum kirchlichen Bekenntnis. Zum Augustana-Jubiläum. Von Prof. D. Dr. Werner Elert. — Das große Ich. Roman von Anna Schieber. — Die militärpolitische Lage in Europa. Von Oberst a. D. Leopold von Caprivi. — Psychologie und Christentum bei Friedrich Nietzsche. Von Wolfgang Trillhaas. — Religiöses Leben in Spanien. Von Dr. Martin Thom. — Nacktkultur und Mission. Von Christian Keyßer. Dazu eine reichbesetzte Abteilung „Randbemerkungen". — Hingewiesen sei heute besonders auf Prof. Elerts und Oberst von Caprivis Beiträge: Da sich im Juni die Tage der Augsburger Konfession zum 400. Male jähren, bringt die „Zeitwende" außer zeitgenössischem Bildmaterial aus jener Zeit diesen Aufsatz, der die tiefe Bedeutung der Tage von Augsburg anschaulich herausgearbeitet hat. Auch unsere Zeit sucht wie die vor 400 Jahren nach Kircheneinheit; ähnliche Versuche wie damals werden auch heute gemacht. Gerade im Hinblick darauf ist es lehrreich, aus der Vergangenheit zu sehen, welche Lösung sich damals durchsetzte und welche tieferen Ursachen ihr den Sieg verschafften. Elerts Betrachtung ist deshalb keine historische, sondern durchaus ein Wort für heute. — In ähnlicher Weise wecken auch die übrigen Beiträge des Heftes das Verständnis für die Fragen unserer tiefbewegten Zeit, wie überhaupt die Hefte dieses Jahres sehr viel Wertvolles gebracht haben, so daß es sich durchaus lohnt, Bezieher des ganzen Jahrgangs zu werden.



Volkshochschulgenossenschaft für Westfalen e. G. m. b. H. zu Bethel-Gadderbaum

Bilanz per 31. 12. 1929

Aktiva:			Passiva:		
Kassenbestand	RM	0.85	Darlehen (früher Sparguthaben)		RM 7239.48
Debitoren-Guthaben	„	1914.38	Geschäftsguthaben RM 4840.—		
Darlehns-Schuldner	„	15068.84	Reservefonds	„ 1177.50	
	RM	16984.07	Betriebsfonds	„ 3181.80	
			Reingewinn 1929	„ 545.29	RM 9744.59
					RM 16984.07

Gewinn- und Verlust-Rechnung vom 1. 1. 1929 bis 31. 12. 1929

Ausgaben:			Einnahmen:		
Unkosten	RM	90.85	Zinsen		RM 1017.36
Zinsen	„	391.80	Gaben	„	10.58
Reingewinn 1929	„	545.29			RM 1027.94
	RM	1027.94			

Mitgliederbewegung:

Stand 31. 12. 1928	=	260	Genossen	mit	450	Geschäftsanteilen je RM	10.—,	Haftsumme RM 45000.—
Zugang p/1929	=	48	„	„	105	„ „ „	10.—,	„ „ 10500.—
Abgang p/1929	=	2	„	„	3	„ „ „	10.—,	„ „ 300.—
Mitgliederst. 31. 12. 29		306	„	„	552	„ „ „	10.—,	„ „ 55200.—

Bethel-Gadderbaum, den 1. Juni 1930.

Der Vorstand.

Wohnung
beschlagnahmefrei, 2 gr. Räume, kl. Küche und Keller z. 1. Juli od. später zu vermieten. Offert. unt. A 6702 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Für ruhigen Schlaf und pünktliches Erwachen sorgt eine gute
WECKUHR
von
H. Breder, Bielefeld
Gütersloherstr. 14 / Fernspr. 1012

Unser
Landhaus
m. gr. Garten ist ab 1. 9. 1930 zu vermieten, da ich wieder in den Missionsdienst nach Afrika gehe. 10 Räume, reichlich Nebengebäude. Preis pro Monat Mk. 120. Falls gewünscht auch mit Möbeln. Das Haus ist schön gelegen auf dem Lande uud doch vor den Toren Bremens. Angebote erb. an **Dipl. Landwirt Meyhöfer, Tenever 205, Post Hemelingen bei Bremen.**

Alleinstehende alte evangl. Leute
können gegen mäßige Vergütung in unserem „Heim Lahnberg", Bergnassau ihren Lebensabend beschließen; ebenso können **evgl. Erholungssuchende** bei mäß. Preisen dort Aufenthalt nehmen. Auskunft durch die Anstalt der Inneren Mission **Scheuern** bei Nassau (Lahn).

Honig
garant. rein. Bienen-Blüten-Schleuderfeinst. Qualität, hell, goldklar, unt. Kontrolle des vereid. Nahrungsmittelchemik. Dr. Zöckler, Bremen, 10-Pfd.-Dose 11.50 Mk., 5-Pfd.-Dose 6.65 Mk. frei Haus unt. Nachn. Garant. Zurück Probe gegen Einsendung von 30 Pfg. in Marken. **Rektor a. D. Feindt & Söhne, Hemelingen 340.**

Durch Kontrolle des vereidigten Chemikers Dr. Bodinus, Bielefeld ist die Echtheit meines
Bienen-Blüten-garant. Honigs
10 Pfd. Dos. 11.20 RM, vorwiegd. **Klee-Lindenblüte** 12.90 RM, halbe Dos. 6.35 RM u. 7.40 RM, 1½ Pfd. Dos. 2.05 RM u. 2.30 RM frei Haus. Nachnahme 30 Pfg. mehr. Gar. Rücknahme.
Lehrer i. R. Krieger, Borgeln 2, Kr. Soest.
Dieser Honig ist auch in **Ophir,** vereinigte Verkaufsstellen der **Anstalt Bethel, zu haben.**

Gesundes, gebildetes Mädchen findet Stellung als
Haustochter
in kinderlosem Haushalt, gut bürgerlicher Tisch. 30 Mk. Zuzahlung. Mädchen vorhanden. Angebote an die Geschäftsstelle d. Blattes unter A 6692.

Kur-Anstalt Erholungsheim
vegetarisch und Rohkost **Ebert**
Benneckenstein-Hochharz
unweit Braunlage
Pastor Feikekuren. Prosp. frei!

Kleinen Kotten
für Hühner- und Kaninchenzucht geeignet sucht ein in Not geratenes Ehepaar billig zu pachten. Welch edeldenkender Menschenfreund verhilft ihm dazu? Angebote an das **evgl.-kirchl. Jugendamt Gelsenkirchen.**

Bethel.

— Zum **Missionsnähen** am Mittwoch, 11. Juni, ¼4 Uhr, im Großen Hospiz, ladet freundlich ein
L. Trittelvitz.

— **Christlicher Verein junger Männer. Unser Jahresfest** findet nicht am kommenden Sonntag statt (wie irrtümlich bekannt gegeben wurde). Wir verschieben es. Bekanntmachung erfolgt rechtzeitig.

Heute abend (Mittwoch) Vorstandssitzung in Gosen.

— **Blaukreuz-Verein Bethel.** Donnerstag abd. 8½ Uhr

Blaukreuzstunde

in Gosen. Jeder ist herzlich eingeladen.